

Analyse

Weird Al Yankovic Er zieht Superstars durch den Kakao - und ist damit jetzt an der Spitze der US-Hitparade gelandet. Von Philippe Zweifel

Grooviger Spötter

Zum ersten Mal seit 1963 führt ein Komiker die amerikanische Hitparade an. Gelungen ist das Kunststück dem Parodisten Weird Al Yankovic mit seinem neuen Album «Mandatory Fun». Darauf spielt der 55-jährige Amerikaner bekannte Popsongs nach, wobei er die Instrumentenspuuren weitgehend unverändert lässt, aber die Texte umgeschrieben hat. So wird aus dem letztjährigen Sommerhit «Blurred Lines» von Robin Thicke «Word Crimes», eine aberwitzige Nummer über Leute, um deren Grammatik und Orthografie es schlecht bestellt ist.

Die neuen Songs hat Yankovic im Verlauf der letzten zwei Wochen samt Videoclips einzeln veröffentlicht, an jedem Tag einen. 50 Millionen Klicks generierten die Filmchen, Yankovics Twitter-Publikum schoss auf 3,5 Millionen Personen hoch. Sein Album verkaufte sich in den ersten Tagen in den USA über 100 000-mal.



Yankovic treibt sein Unwesen seit über 30 Jahren. Mit 20 brach er das Architekturstudium ab, um seine Songs professionell zu vermarkten. Fristete er zu Beginn der 80er-Jahre noch ein Nischendasein, ermöglichte ihm der Siegeszug von MTV die visuelle Umsetzung seiner Cover-Versionen. «Eat It», eine Parodie auf Michael Jacksons «Beat It», machte ihn weltweit bekannt.

Der singende Satiriker ist ein exzellenter Musiker, seine Interpretationen sind äusserst sorgfältig produziert. Manchmal übersteigen sie den Humor der parodierten Stars. Zwar holt er, obwohl es juristisch nicht nötig wäre, stets das Einverständnis der Musiker ein. Paul McCartney, Eminem und Prince erteilten ihm jedoch einen Korb.

Yankovics Parodien beschäftigen sich weniger mit dem spezifischen Inhalt der Originalsongs als mit dem generellen Habitus der Popkultur. Dazu bedient sich der Satiriker des Stilmittels der

Verfremdung. Indem er das Pathos oder die Coolness eines Songs beibehält und dabei über Banalitäten singt, unterläuft er die Autorität und Ernsthaftigkeit der Superstars. So wird der traurige Song «Royal» der Neuseeländerin Lorde zu einer grotesken Erklärung über die Vorteile von Aluminiumfolie. Yankovics Aussehen («weird» bedeutet seltsam) verstärkt die Komik noch.

Auf den ersten Blick erstaunt es, dass Yankovic ausgerechnet 2014 seinen grössten Erfolg feiert. Das Internet, vor allem Youtube, hat das Parodieren von Musik zu einem Volkshobby gemacht. Sogenannte Memes wie die Hunderten von Versionen des Videos «Gangnam Style» werden durch die Masse statt durch Einzelne entwickelt. Doch dem Trend zur Karikatur folgen mittlerweile auch viele Prominente. Kaum ein Star, der sich nicht freiwillig von Talkmastern ironisieren lässt oder stolz eine ihn hochnehmende Fotobombe online stellt.

Kein Wunder, ähnelt das Verhältnis von Yankovic und seinen Opfern mittlerweile jenem von Woody Allen und seinen Starschauspielern: Man ist dankbar, wird man berücksichtigt. Pharrell Williams, dessen Hit «Happy» zu «Tacky» (kitschig) verwandelt wurde, sprach von einer «Ehre». Die clevere Geschäftsfrau Madonna beklagte sich öffentlich, dass Yankovic sie noch nie parodiert habe. Wenig später sah man ihn in einem Videoclip mit Kettensäge in einem Operationsaal wüten - «Like a Surgeon».

Inzwischen ist Yankovic bekannter als viele seine Opfer. «Mandatory Fun» sei sein letztes Cover-Album gewesen, liess er verlauten. Was fortan kommt, ist ungewiss. Vielleicht eine Parodie auf ihn selbst?



Videos Die besten Songs des Parodisten

weird.tagesanzeiger.ch

Kolumne **Rudolf Strahm**

Der Fluch des Steuerwettbewerbs

Es ist wieder einmal Nachdenken über die Schweiz angesagt. In unzähligen 1.-August-Reden werden wir die bekannten Textbausteine zu hören bekommen. Die einen werden die Neutralität und den Rückzug in die schweizerische Souveränität beschwören, die andern hoffnungsfroh die unvermeidliche Einbindung in Europa herbeireden. Manche werden die ideologische Spaltung der Schweiz nach dem 9. Februar bedauern - oder gar polemisch schüren, wie unlängst der elitäre Club Helvétique. Doch kaum jemand wird das ökonomische und fiskalische Auseinanderdriften der Schweiz thematisieren.

Es gab in der Schweiz immer schon ärmere und reichere Regionen. Doch der heutige Steuerwettbewerb unter den Kantonen stellt alle bisherigen Disparitäten in den Schatten. Die Schweiz driftet auseinander.

Oasen mit Seeanstoss

Einige Kantone, vornehmlich solche mit Seeanstoss, haben Tiefststeueroasen geschaffen mit einem intransparenten Geflecht von Steuerprivilegien, Pauschalsteuern und Sondersteuern für ausländische Superreiche sowie für Sitz- und Holdinggesellschaften. Mit ihrer Anziehungskraft stiehlt diese Gruppe, zu der Zug, Schwyz, Nidwalden, die Waadt und Genf gehören, der ganzen Welt und den andern Kantonen jedes Jahr mehr Steuersubstrat. 18 Kantone mit ländlichen Strukturen sind da schwer ins Hintertreffen geraten.

Das Wachstumsmodell der Steueroasen beruht nicht auf grösserer Tüchtigkeit und produktiver Wertschöpfung, sondern auf einer Monacoisierung mit gesicherten Supervillen und undurchsichtigen Firmensitzen. Rund 22 000 ausländische Firmen haben mit Holding- oder Domizilgesellschaften Sitz in der Schweiz genommen. Sie bringen ihr Personal zu erheblichen Teilen aus dem Ausland mit und profitieren von der Stabilität und der Infrastruktur unseres Landes, ohne dafür zu bezahlen.

Zum Beispiel der aus Südafrika stammende Multimilliardär Ivan Glasenberg: Seit zwei Jahren ist er in der Schweiz eingebürgert, doch eine Landessprache spricht er bis heute nicht. Die von ihm geführte, weltgrösste Rohstoffhandelsfirma Glencore Xstrata mit Sitz in Zug zahlt dank Ausreizung der Unternehmenssteuerreform II, die

Hans-Rudolf Merz uns als Bundesrat beschert hat, auf Jahre hinaus keine Gewinnsteuern. Trotzdem gilt der Konzern, der für Umweltschäden in Entwicklungsländern verantwortlich ist, jetzt natürlich als schweizerische Firma.

Zum Beispiel der russische Oligarch und Multimilliardär Viktor Vekselberg: In Zürich versteuerte er pauschal nur seine Wohnung und nicht sein Vermögen. Als der Kanton 2010 per Volksabstimmung die Pauschalbesteuerung für ausländische Superreiche abschaffte, verlegte er seinen Wohnsitz flugs nach Zug. Dort genießt er nun das Privileg der Pauschalbesteuerung, obschon er weiterhin die Zentrumsleistungen der Stadt Zürich ausnützt.

Die Steuerdumping-Kantone Waadt und Genf haben mehr Pauschalsteuerabkommen mit ausländischen Superreichen abgeschlossen als alle andern Kantone zusammen. Und sie haben mit einem undurchsichtigen Netz von Steuerprivilegien mehrere Hundert global tätige Rohstoffhandelsgesellschaften an Land gezogen, die kaum Steuern zahlen, aber die schweizerische Infrastruktur und den Geheimnisschutz für ihre internationalen Geschäfte nutzen. Im monacoisierten Genferseegebiet sind die Boden- und Liegenschaftspreise in den letzten Jahren denn auch buchstäblich explodiert, was es den Einheimischen zunehmend schwer macht, erschwingliche Wohn- und Geschäftsräume zu finden.

Ein dichtes Interessennetz

Ein Netz von Baulöwen, Immobilienmaklern, Anwälten und Politikern bemüht sich in den Steueroasen um die internationalen Firmen - und darum, dass die Steuerprivilegien auf keinen Fall aufgehoben werden. Jahrelang glaubten die Lokalpolitiker in Zug, Schwyz, Waadt oder Genf, mit der Ansiedlung von Superreichen selber reich zu werden. Jahrelang ist ihre Rechnung aufgegangen. Doch jetzt ist die Bilanz gekippt.

Der Steuersenkungswettbewerb nach unten, ein Race to the Bottom, hat diese finanzstarken Kantone schnell ins Defizit getrieben. Ihre Finanzdirektoren haben die Schuld für ihre steuerpolitischen Fehlleistungen aber umgehend dem interkantonalen Finanzausgleich zugeschoben. Ihre Beiträge müssten reduziert werden, fordern sie im Chor. Wortführer dieser Ego-Schweiz ist der Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin, der obendrein auch

noch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren präsidiert.

Der nationale Finanzausgleich (NFA), von Bundesrat Kaspar Villiger eronnen und 2004 vom Volk angenommen, war von Anfang an eine Fehlkonstruktion, weil er nicht verknüpft ist mit einer allgemein gültigen Steueruntergrenze für Firmen und Reiche. Selbst die Chefbeamten, die ihn konstruierten, gestehen das heute ein. Gehuldigt wurde der Glaubensdoktrin des Steuerwettbewerbs (der in keiner Verfassung steht); übersehen wurde dabei der globale Trend, dass Konzerne und Reiche immer mobiler werden.

Heute sollte der NFA dringend ergänzt werden durch einen schweizweiten Minimalsteuersatz in den Kantonen für die Besteuerung von Firmen und hohen Einkommen. Ohne diese Korrektur wird der NFA bis 2025 in sich zusammenbrechen.

Teure Schlaumeierei

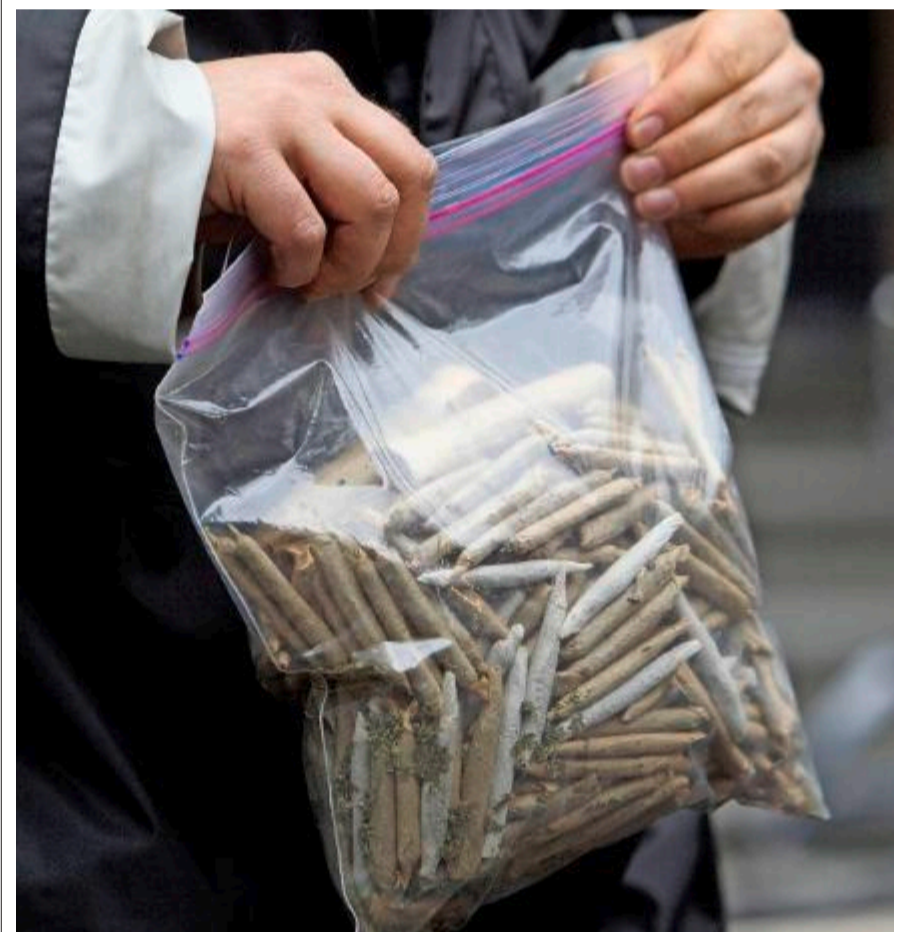
Nun scheint das helvetische Auseinanderdriften noch verstärkt zu werden. Der Auslöser: Die EU verlangt - mit vollem Recht -, dass die kantonalen Sonderprivilegien und Steuergeschenke für Holding- und Sitzgesellschaften gestrichen werden. Statt die Besteuerung der Holdinggesellschaften auf schweizerisches Niveau anzuheben, wollen die Ego-Kantone die Gewinnsteuersätze generell um durchschnittlich 22 auf 16 Prozent nach unten korrigieren. Die Ausfälle werden sich landesweit auf 3 bis 4 Milliarden Franken jährlich belaufen.

Aber da machen die Verteidiger der Ego-Schweiz die Rechnung vermutlich ohne das Volk. Eine Monacoisierung mit schlaumeierischen Sonderkonditionen und Lizenzboxen zum Verstecken von Konzerngewinnen ist auf Dauer nicht nachhaltig und nicht haltbar. Wenn die ausländischen Rohstofffirmen, Holdinggesellschaften und Oligarchen nicht bereit sind, mehr an unsere teure Infrastruktur zu zahlen, und mit Abwanderung drohen, dann sollte man ihnen beim Zügel helfen.



Rudolf Strahm

Der frühere Nationalrat und Preisüberwacher wechselt sich mit Politgraf Michael Herrmann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



«Soll ich Ihnen einpacken?»: Marihuana-Joints zum Verkauf. Foto: Ben Nelms (Reuters)

High Times Warum die USA den Haschischkonsum legalisieren werden. Von Jean-Martin Büttner

Joint Venture

Aus Männern werden Vergewaltiger, vor allem wenn sie schwarz sind oder mexikanisch. Frauen verlieren jede Hemmung und allen Willen. Zuletzt taumeln sie gemeinsam dem Wahnsinn entgegen. Das behaupteten amerikanische Behörden und Medien noch in den Dreissigerjahren. Heute klingt das so psychotisch wie die Wirkung, die sie dem Cannabis zuschrieben - jenem Unkraut, das seit über 5000 Jahren konsumiert wird. Königin Victoria nahm es gegen ihre Migräne, die Bauern im Emmental rauchten es nach der Ernte. Über 160 Millionen Menschen nutzen es bei Gelegenheit, um alles lustig zu finden, Musik neu zu hören und noch besseren Sex zu haben.

Er habe geraucht, aber nicht inhaliert, sagte Bill Clinton. Natürlich habe er inhaliert, sagte Barack Obama, das sei doch gerade der Punkt. Zwischen den beiden Präsidenten hat Amerika umgedacht. Und es gab einiges zu denken. Die amerikanische Repression, über den Suchtkontrollrat der UNO weltweit exportiert, hat zu einer Kriminalisierung von Millionen geführt, ohne den Massenkonsum zu verhindern. Aus der Illegalität der

Substanz ergeben sich Vergiftungen und Überdosierungen. Die Drogenhändler verdienen Milliarden. Das amerikanische Gesetz stuft Marihuana bis heute als so gefährlich ein wie Heroin und noch gefährlicher als Kokain und Methamphetamin. Das widerspricht allem, was relevant ist: der Pharmakologie, der Erfahrung und den Statistiken. Und es behindert die Aufklärung und Prävention.

Aus diesen Gründen hat die «New York Times» die Konsequenz gezogen. Die amerikanischen Bundesstaaten sollten selber über die Freigabe von Marihuana entscheiden, schreibt die Zeitung. Und weist darauf hin, dass die Legalisierung an vielen Orten faktisch vollzogen ist, aber ohne staatliche Kontrolle und Steuereinnahmen. Ein Joint Venture aus liberalen Demokraten und libertären Republikanern könnte im Kongress die Wende bringen.

Wer die Propaganda von früher nicht glaubt, soll sich «Reefer Madness» hochziehen, den Horrorfilm von 1936 über die Folgen von Marihuana. Vergewaltigung, Mord, Selbstmord und Wahnsinn inklusive. Gedreht in grosser Nüchternheit.